

Niederschrift
über die Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 11.02.2021

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 16:20 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder:

CDU

Herr Copertino

Frau Varnholt

Herr Wasyliw

SPD

Frau Avvuran

Frau Gorsler

Herr Kollmeier

Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Bohne

Herr Holler-Göller

Herr Hood

Frau Labarbe

Stellv. Vorsitzender

Ab 15:45 Uhr

FDP

Herr Knauf

Ab 15:45 Uhr

Die Partei

Herr Lange

AfD

Herr Dr. Hahn

Die Linke

Frau Beier

Beratende Mitglieder:

BIG

Herr Elias

Bürgernähe

Frau Rammert

LiB

Herr Gugat

Gast:
Herr Rotter

AGW

Verwaltung
Herr Nürnberger
Frau Krutwage
Frau Aron
Frau Riemann

Beigeordneter Dezernat 5
Amt für Soziale Leistungen -Sozialamt-
Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Stab Dezernat 3

Schriftführung
Frau Mülot

Amt für Soziale Leistungen -Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die Anwesenden zur Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (2. Sitzung) und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest. **Die Fraktionen von SPD und CDU haben Pairing vereinbart.**

Vorsitzende Frau Gorsler schlägt die Erweiterung der Tagesordnung um folgende Punkte vor:

- eine Mitteilung zum Thema „Verteilung von medizinischen Masken an bedürftige Menschen“ (neu TOP 1.1),
- eine Anfrage der Bürgernähe vom 02.02.2021 zum Thema „Kosten Impfzentrum“ (neu TOP 2.1),
- einen Antrag der BIG vom 09.02.2021 zum Tagesordnungspunkt 3.2 (neu TOP 3.2.1).

Die Anwesenden signalisieren ihr Einverständnis zur Erweiterung der Tagesordnung. Darüber hinaus gibt es keine Änderungen.

Zu Punkt 1 Mitteilungen

Zu Punkt 1.1 Verteilung von medizinischen Masken an bedürftige Menschen

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert kurz die als Tischvorlage zur Verfügung gestellte Mitteilung.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 2 Anfragen

Zu Punkt 2.1 Kosten Impfzentrum (Anfrage der Bürgernähe vom 02.02.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0585/2020-2025

Der Ausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3

Anträge

Zu Punkt 3.1

Einrichtung einer "Corona-Konferenz" (Antrag der LiB vom 26.01.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0574/2020-2025

Herr Kollmeier stimmt dem Antrag von Herrn Gugat auf Einrichtung einer „Corona-Konferenz“ grundsätzlich zu. Darüber hinaus stellt er im Namen der SPD-Fraktion folgenden Änderungsantrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt, erst einmalig eine „digitale Corona-Konferenz“ durchzuführen. Hierzu soll ein Partizipations-Unternehmen beauftragt werden. Folgende Rahmenbedingungen sollen berücksichtigt werden: An der Corona-Konferenz sollen alle im Rat vertretenen Parteien und Wähler*innengemeinschaften und die Verwaltung teilnehmen. Eine Teilnahme von Vertreter*innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen soll vorgesehen werden.“

Herr Gugat erklärt sich mit dem Änderungsantrag einverstanden und zieht seinen Antrag zurück.

Herr Copertino weist darauf hin, dass der Antrag auf die Einrichtung einer „Corona-Konferenz“ zu spät komme. In Bielefeld habe man einen Krisenstab eingerichtet. Auch wenn an manchen Stellen noch Verbesserungen möglich und nötig seien, arbeite der Krisenstab transparent und mache seine Entscheidungen und Maßnahmen öffentlich. Der Krisenstableiter räume möglicherweise gemachte Fehler ein und bespreche sie offen. Insofern brauche Bielefeld keine „Corona-Konferenz“. Die vorhandenen Personalressourcen sollten nicht vergeudet werden, sondern man sollte auf die Arbeit des Krisenstabes vertrauen. Aus diesen Gründen werde die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen.

Herr Dr. Hahn äußert sich skeptisch, ob eine „Corona-Konferenz“ die geeignete Form sei, um die vielen Themen rund um Corona zu besprechen. Gegebenenfalls müsse das Themenspektrum eingegrenzt werden.

Vorsitzende Frau Gorsler bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden **abweichenden Beschluss**:

Die Verwaltung wird beauftragt, erst einmalig eine „digitale Corona-Konferenz“ durchzuführen. Hierzu soll ein Partizipations-Unternehmen beauftragt werden. Folgende Rahmenbedingungen sollen berücksichtigt werden: An der Corona-Konferenz sollen alle im Rat vertretenen Parteien und Wähler*innengemeinschaften und die Verwaltung teilnehmen. Eine Teilnahme von Vertreter*innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen soll vorgesehen werden.“

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.2

"Corona-Strategie" (Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.01.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksache: 0535/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler schlägt auf Anregung von Ausschussmitgliedern vor, die acht Punkte des Antrages getrennt voneinander zu beraten und auch zu beschließen. Der Ausschuss signalisiert mehrheitlich Zustimmung zu diesem Verfahren.

Herr Hood gibt zu den einzelnen Punkten des Antrags der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen die folgenden ergänzenden Hinweise:

- Punkt 1 werde wie folgt geändert (Änderungen in **Fettdruck**):
Die Verwaltung möge **die Träger der Kitas und OGS darüber informieren, dass** eine Mittagessenabholung **in der Kita** bzw. im OGS-Bereich (für BUT-Berechtigte kostenlos) **ermöglicht werden kann**, damit **die Familien** in den Schließzeiten/eingeschränkten Öffnungen das Angebot nutzen können.
- Punkt 2 wird zurückgezogen, da die Verwaltung bereits diesen Antrag umgesetzt habe.
- Punkt 3 bleibt unverändert.
- Punkt 4 werde wie folgt geändert:
Die Verwaltung möge **prüfen und zur nächsten SGA-Sitzung dazu berichten**, dass für die zukünftige Kontaktverfolgung (...).
- Punkte 5, 6 und 7 bleiben unverändert.
- Punkt 8 soll zuständigkeithalber an den Schul- und Sportausschuss verwiesen werden.

Herr Copertino kündigt die Zustimmung der CDU-Fraktion zu dem Antrag in der geänderten Form an. Zum Thema SORMAS habe er die Frage, ob dieses Programm in Bielefeld bereits eingesetzt oder geprüft werde. Er rege an, dass die Verwaltung in der nächsten SGA-Sitzung eine Einschätzung geben sollte, ob SORMAS in der Stadt Bielefeld einsetzbar wäre oder welche Gründe dagegensprechen.

Frau Rammert weist unter Bezug auf Punkt 8 des Antrags darauf hin, dass der Bedarf an Endgeräten bereits von den Schulen ermittelt werde. Insofern sei ein Verweis an den Schulausschuss vielleicht gar nicht mehr notwendig.

Zur Frage von Herr Copertino erläutert Beigeordneter Herr Nürnberger, dass momentan eine Schnittstelle zwischen SORMAS und dem in Bielefeld eingesetzten Datenerhebungsprogramm fehle. Bei einem Einsatz von SORMAS müssten alle Daten parallel in zwei Programme eingegeben werden. Bielefeld brauche SORMAS nicht für eine ordentliche Kontaktverfolgung. Dennoch werde man SORMAS prüfen, zumal seitens der MPK zugesagt worden sei, die Schnittstellenproblematik anzugehen. Es sei auch durchaus ein nachvollziehbares Ziel, dass alle Gesundheitsämter mit demselben Programm arbeiten, um Datenaustausche besser darstellen zu können.

Zur Anmerkung von Frau Rammert erklärt Beigeordneter Herr Nürnberger, dass der Bedarf von ca. 3.000 Endgeräten bereits ermittelt worden sei. Politisch diskutiert werde nun noch, ob und ggf. in welcher Form die

Stadt Bielefeld die Finanzierungslücke schließen werde. Durch den inhaltlichen Bezug zum SGB II sei auch der Sozial- und Gesundheitsausschuss tangiert. Er biete an, im SGA über das weitere Vorgehen zu berichten.

Frau Avvuran signalisiert grundsätzlich die Zustimmung der SPD-Fraktion zu dem Antrag. Zu Punkt 1 bittet sie zu berücksichtigen, dass die tatsächliche Umsetzung der Mittagessenabholung nicht überall möglich sei. Darüber hinaus stellt sie für die SPD-Fraktion folgenden **Änderungsantrag zu Punkt 6**: „**Die Verwaltung möge berichten, wie in den nächsten Wochen und Monaten sichergestellt werden kann, dass insbesondere die vulnerablen Gruppen geschützt werden.**“

Herr Knaup fragt zum Thema SORMAS, ob die Ministerpräsidentenkonferenz die Bereitstellung einer Schnittstelle bis Ende Februar sichergestellt habe, so dass eine Testung dann auch praktikabel sei. Er halte das für sehr wichtig, da nach seiner Wahrnehmung die Kontaktverfolgung in der Vergangenheit nicht so gut verlaufen sei. Darüber hinaus befürworte er die getrennte Abstimmung aller acht Antragspunkte, da er die Umsetzung zu Punkt 1 als wenig praktikabel einschätze und sich für einen Verweis des Punktes 8 an den Schul- und Sportausschuss ausspreche.

Beigeordneter Herr Nürnberger bestätigt, dass die Verwaltung prüfe, ob die Einführung von SORMAS sinnvoll sei. Bis heute gebe es keine rechtlich verbindliche Vorgabe, dieses Programm einzuführen. Werde es aufgrund des Testens für sinnvoll erachtet, werde die Verwaltungsspitze über die Einführung entscheiden.

Herr Hood stimmt zu, dass es wichtig sei, bundesweit ein gemeinsames Instrument für die Kontaktnachverfolgung zu haben.

Zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu TOP 6 bleibe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei ihrer Formulierung mit dem Ziel, auf eine mögliche dritte Infektionswelle früh vorbereitet zu sein. Selbstverständlich gehe er davon aus, dass viele Maßnahmen bereits umgesetzt und auch in den zukünftigen strategischen Überlegungen zum Schutz von vulnerablen Gruppen eingebunden würden.

Darüber hinaus würde er einen Bericht im SGA zu den Erkenntnissen zum SGB II-Bereich hinsichtlich TOP 8 begrüßen. Beigeordneter Herr Nürnberger sagt einen entsprechenden Bericht zu.

Sodann bittet Vorsitzende Frau Gorsler um getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte des Antrags.

Punkt 1 des Antrags:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden **geänderten Beschluss** (gemäß Änderungsvorschlag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Änderungen in *kursiv*):

„Die Verwaltung möge die Träger der Kitas und OGS darüber informieren, dass eine Mittagessenabholung in der Kita bzw. im OGS-Bereich (für BUT-Berechtigte kostenlos) ermöglicht werden kann, damit die Familien in den Schließzeiten/ingeschränkten Öffnungen

das Angebot nutzen können.“

- einstimmig beschlossen-

Punkt 2 des Antrags:

Dieser Punkt des Antrages wurde zurückgezogen.

Punkt 3 des Antrags:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

„Die Verwaltung möge sicherstellen, dass bei der Impfkampagne die Informationen und Aufrufe in a) leichter Sprache b) in verschiedenen Sprachen und c) über alle verfügbaren Medien veröffentlicht werden, damit viele Bielefelder*innen erreicht werden. Ebenfalls ist zu prüfen, ob der Einsatz von ambulanten Impfbussen in den Außenbereichen eine Übergangslösung darstellt, bevor die Hausärzte die Impfversorgung übernehmen.“

- bei einer Gegenstimme mit großer Mehrheit angenommen -

Punkt 4 des Antrags:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

geänderten Beschluss (gemäß Änderungsvorschlag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Änderungen in *kursiv*):

„Die Verwaltung möge *prüfen und zur nächsten SGA-Sitzung dazu berichten*, dass für die zukünftige Kontaktverfolgung im Gesundheitsamt die digitalen Voraussetzungen erfüllt sind (Einführung „SORMAS“), um die Kontaktverfolgung zu verbessern. Dabei kann eine Bereitstellung von digitalen Kontaktbüchern bzw. Apps eine Unterstützung sein, die auch von Restaurants, Kinos und städtischen kulturellen Einrichtungen genutzt werden (z.B. „(<https://luca-app.de/>)). Sie könnten ebenfalls in der Bielefelder Wirtschaft genutzt werden.“

- bei einer Gegenstimme mit großer Mehrheit angenommen -

Punkt 5 des Antrags:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

„Die Verwaltung möge die Träger der Alten- und Pflegeheime, verschiedener Betreuungsformen (Bielefelder Modell), der ambulanten Pflege, der ambulanten- und stationären Eingliederungshilfe nach-

haltig unterstützen, um die gefährdeten Personengruppen zu schützen (z.B. Unterstützung bei Impf- und Testkonzepten ggf. auch durch andere Dienste). Dabei ist eine proaktive Kommunikation mit den Trägern und Einrichtungen notwendig.“

- bei einer Gegenstimme mehrheitlich angenommen -

Punkt 6 des Antrags:

Vorsitzende Frau Gorsler bittet zunächst um Abstimmung über den **Änderungsantrag der SPD-Fraktion:**

„Die Verwaltung möge berichten, wie in den nächsten Wochen und Monaten sichergestellt werden kann, dass insbesondere die vulnerablen Gruppen geschützt werden.“

- bei einer Enthaltung mit großer Mehrheit abgelehnt -

Sodann bittet Vorsitzende Frau Gorsler um Abstimmung über Punkt 6 des Antrages:

„Die Verwaltung möge eine frühzeitige Strategie entwickeln, wie in den nächsten Wochen und Monaten sichergestellt werden kann, dass insbesondere die vulnerablen Gruppen geschützt werden. Hierbei ist auf die Möglichkeit von Verteilung von kostenlosem Essen unter Einhaltung der Hygienevorschriften ebenso zu achten wie auf die Aufrechterhaltung von Beratungsangeboten sowie ggfs. die Bereitstellung von Übernachtungsmöglichkeiten für Wohnungslose in Pensionen oder Hotels.“

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Punkt 7 des Antrags:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

„Die Verwaltung möge über geeignete Wege (Soziale Medien, Tagespresse, Plakatvordruck für Einzelhandel, etc.) die Notfallnummern für Kinder und Jugendliche, Eltern und bei häuslicher Gewalt bekannter machen, damit in Krisensituationen schnelle Anlaufstellen und Ansprechpartner*innen erreicht werden können. (<https://www.mkffi.nrw/wichtige-telefonnummern-fuer-buergerinnen-und-buerger-eltern-und-kinder>, <https://polizei.nrw/artikel/hilfe-bei-haeuslicher-gewalt-in-zeiten-von-corona>)“

- einstimmig beschlossen -

Punkt 8 des Antrags:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden
abweichenden Beschluss:

„Punkt 8 des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird an den Schul- und Sportausschuss verwiesen.“

- bei einer Gegenstimme mehrheitlich beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3.2.1 "Corona-Strategie" (Änderungsantrag der BIG vom 09.02.2021 zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen VL 0535/2020-2025)

Beratungsgrundlagen:

Drucksachen: 0618/2020-2025
0535/2020-2025

Punkt 8 des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucks.-Nr. 0535/2020-2025) wurde an den Schul- und Sportausschuss verwiesen.

Ohne weitere Beschlussfassung wird der Änderungsantrag der BIG zu diesem Punkt 8 ebenfalls an den Schul- und Sportausschuss verwiesen.

-.-.-

Zu Punkt 4 Controlling Impffortschritt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0663/2020-2025

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die als Tischvorlage zur Verfügung gestellte Informationsvorlage der Verwaltung. Für die nächste Sitzung des SGA stellt er eine aktuelle Auswertung und Darstellung in Aussicht. Er habe den Eindruck gewonnen, dass die Impfbereitschaft in Bielefeld sehr hoch sei.

Der wetterbedingte Impfrückstau vom vergangenen Montag werde in den folgenden Tagen abgebaut.

Die Impfstraße könnten tatsächlich mehr als die geplanten zwölf Menschen pro Stunde durchlaufen.

Herr Copertino fragt für die nächste Sitzung des SGA an, ob das Schneechaos und die dadurch entstandenen tagelangen Ausfälle des ÖPNV, des Bus- und Taxiverkehrs etc. Auswirkungen auf die Personalressourcen im Gesundheitsamt und damit auf die Meldungen beim RKI gehabt hätten.

Frau Rammert regt an, das Berichtswesen auf der Internetseite der Stadt

Bielefeld leichter zugänglich zu machen.

Herr Gugat fragt für die nächste SGA-Sitzung an, ob sich das Impfverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund statistisch erheben ließe. Beigeordneter Herr Nürnberger weist auf die Schwierigkeit der Datenbeschaffung hin. Er sei jedoch im Gespräch mit dem Kommunalen Integrationszentrum um zu klären, wie man die Menschen mit ihren kulturellen, religiösen oder sprachlichen Hemmnissen am besten erreiche.

- Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis. -

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler beendet die Sondersitzung um 16:20 Uhr.

Gez.
Sylvia Gorsler - Vorsitzende

Gez.
Rita Mülöt - Schriftführung